

Uni: Kiel will Geld von Stiftern und vom Bund

Ganz klar: Kiel möchte Geld von Privaten und vom Bund sehen. Das ist zwischen den Zeilen deutlich herauszuhören, wenn es um die Rettung der Uni Lübeck geht. Die Uni habe mit ihrem alternativen Konzept „einen sehr, sehr ernstesten Vorschlag gemacht“, erklärt Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) auf einer Veranstaltung des Wirtschaftsrates der CDU in Lübeck. Er macht aber deutlich, dass er den Bund mit ins Boot holen will – und die Region. „In Bayern fließt mehr privates Geld in die Forschung.“ Das Modell Stiftungsuni, bei dem das Land weiterhin den größten Zuschuss zahle, sei „noch nicht die ganz richtige Lösung“.

Im Wissenschaftsministeriums hört sich das so an: „Das vorgeschlagene Stiftungsmodell

wird geprüft. Generell ist eine Stiftungsuni kein Problem, aber sie muss auch genügend Stifter haben. Da reichen nicht drei Millionen Euro von der Possehl-Stiftung“, so Sprecherin Friederike Kampschulte. Zudem schlägt die Uni Lübeck vor, Medizinstudienplätze auch in Kiel abzubauen. „Da holen wir gerade Stellungnahmen ein.“ Zugleich werde von Ministeriums-Seite aus mit der Bundesregierung über eine Unterstützung verhandelt. „Es wird eine Lösung bis zur Sommerpause geben.“

Die Uni Lübeck favorisiert ein Stiftungsmodell, das es in Niedersachsen bereits gibt. Das Land zahlt weiterhin ei-

nen Zuschuss, die Uni kann aber mehr Drittmittel einwerben. „Die Uni Lübeck hat mit den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen gezeigt, dass sie bereit ist, schwierige Diskussionen intern zu führen und schmerzhaft Kompromisse einzugehen“, lobt Rasmus Andresen, hochschulpolitischer Sprecher der Landtags-Grünen. „Minister Jost de Jager muss sich unverzüglich zur Uni Lübeck bekennen!“

Andresen fordert während der Landtagssitzung in dieser Woche ein „klares Bekenntnis der Landesregierung zu den Medizinstudiengängen an der Uni Lübeck. Wenn jetzt kein klares Signal kommt, dann ist es zu spät!“

**Lübeck's
Uni
bleibt!**

Mittlerweile haben die Lübecker Studenten 50 000 Unterschriften für den Erhalt der Medizin-Uni gesammelt. Die wollen sie am Dienstag, 13. Juli, zur entscheidenden Kabinettsitzung übergeben. Dort wollen die Minister den Haushaltsentwurf absegnen, in dem das Aus der Medizin-Uni enthalten ist. Wer noch Listen hat, der kann sie in den Postkasten des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta) einwerfen, Haus 24a auf dem Uni Campus, vom Mönkhofer Weg aus zu erreichen.

Gut sechs Wochen nach dem Bekanntwerden der Sparpläne horchen – ob des breiten Protests – jetzt auch die nationalen Medien auf. Die „Tagesschau“ berichtete zur besten Sendezeit um 20 Uhr in einen Beitrag über die

Demonstration in Lübeck vom vergangenen Donnerstag. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schreibt in seiner aktuellen Ausgabe über die Abwicklung des Medizinstudiengangs auf einer kompletten Seite, und auch die „Financial Times Deutschland“ konstatiert, dass es im Landtag keine Mehrheit mehr für die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung gibt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ wird in einem Kommentar deutlich: „Ungeschickte Menschen reißen mit dem Hintern ein, was sie aufgebaut haben. Auch Staaten können so tapsig sein. Die Bundesrepublik agiert, hochschulpolitisch betrachtet, oft ungeschickt. Die Rolle des Hinterns übernimmt zurzeit Schleswig-Holstein.“ jvz/wh